

# Von links betrachtet soll die Jugendhilfe bleiben

**WEINHEIM.** Die Verwaltung der Jugendhilfe soll an den Rhein-Neckar-Kreis abgegeben werden, sagt die Stadt. Nein sagt dazu die Linke in Weinheim. Zu ihrem dritten Neujahrsempfang hatte die Linke in den Bürgersaal des Alten Rathauses geladen und gut 30 Gäste waren gekommen. Sie wurden vom Weinheimer Linken-Vorsitzenden Carsten Labudda begrüßt, der auch gleich einige Worte zur lokalen Politik verlor.

Dabei wies er auf die Pläne der Stadt hin, das Jugendamt an den Rhein-Neckar-Kreis abzugeben. Labudda verwies auf die Erfahrungen mit der Abgabe des Sozialamtes vor ein paar Jahren und mahnte: „Wenn wir das Jugendamt hergeben, wird es wohl für die Betroffenen schlechter werden.“ Die Linke werde gegen diesen Plan der Stadt stimmen.

Mit einer moderaten Steigerung der Gewerbesteuer ließe sich das Jugendamt in Weinheim erhalten, fügte er einen Finanzierungsvorschlag gleich hinzu und kritisierte dabei die Haltung der anderen Parteien: „In der Krise mussten Arbeitnehmer, Rentner und Erwerbslose Federn



„Mamas Liebling“ steht nicht auf dem Herz, dafür aber „Oben bleiben“. Ein gut gemeinter Rat von Kathrin Vogler an Matthias Hördt.

lassen. Jetzt sollten auch die Unternehmer einen Beitrag leisten, nachdem seit 30 Jahren angeblich immer der falsche Zeitpunkt für eine solche Maßnahme gewesen sein soll.“

Der Landtagskandidat der Linken, Matthias Hördt, legte den Schwerpunkt seiner Rede auf die bedenklichen Entwicklungen in der Arbeitswelt. „Wir müssen für den freien Samstag wieder kämpfen wie vor 50 Jahren“, leitete er seinen Vortrag ein. SPD und Grüne hätten mit ihrer „Hartz-Politik“ die Verschlech-

terung der Lage der arbeitenden Menschen massiv vorangetrieben. Den unter dem Begriff der „prekären Arbeit“ bekannten gewordenen Phänomenen wie Leiharbeit, Minijobs, Befristungen oder auch „Ein-Euro-Jobs“ müsse dringend etwas entgegen gesetzt werden.

Der unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz müsse wieder Normalität werden, denn das, was von Rot-Grün begonnen und nun von Schwarz-Gelb fortgeführt werde, mache immer mehr Menschen arm und auch krank: „Wenn jemand nicht weiß, ob er am Ende des Monats noch ein paar Euro übrig hat, dann machen diese Sorgen ihm Stress und lassen

ihn schlecht schlafen. Die Zunahme von Depressionen und anderen stressbedingten Krankheiten zeigen das“, so Hördt. Er stehe für eine Politik, mit der die Menschen wieder hoffnungsfroh in die Zukunft schauen können, weshalb es wichtig sei, dass die Linke am 27. März in den Landtag gewählt werde.

Gastrednerin der Linken war die Bundestagsabgeordnete Kathrin Vogler. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses und griff die Vorlage von Matthias Hördt umgehend auf. Sie warf der schwarz-gelben Bundesregierung Lobby-Politik vor. Gesundheitsminister Rösler (FDP) geriere sich als Kämpfer gegen die Konzerne, mache aber genau das Gegenteil. Er habe es den Vielverdienern erleichtert, von der gesetzlichen solidarischen Krankenversicherung in die Privatversicherung zu wechseln. „Damit hat er der Versicherungsbranche mehrere 100 Millionen Euro geschenkt“, kritisierte Vogler. Mit der Erhöhung des Krankenkassenbeitrages auf 15,5 Prozent habe er zugleich die Solidarversicherung unattraktiver gemacht. Dies sei zu-

dem die letzte Erhöhung gewesen, die noch gemeinsam von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werde.

Für künftige Beitragssteigerungen, so hätten es CDU und FDP beschlossen, kämen dann nur noch die Arbeitnehmer auf: „Damit schafft schwarz-gelb den Gedanken der Solidarität immer mehr ab.“ Die Linke stehe aber für das Miteinander, bei dem die Reichen den Armen, die Gesunden den Schwachen und die Starken den Schwachen helfen.

Deshalb fordere sie eine Bürgerversicherung, an der alle beteiligt werden und wo sich die Vielverdiener nicht herausstehlen könnten. Gleichzeitig müsse dem Preiswucher der Pharma-Konzerne ein Riegel vorgeschoben werden. Mit einer Positiv-Liste von wirksamen Arzneimitteln und einer effektiven Preiskontrolle würden Medikamente nur noch einen Bruchteil kosten. „Dann können die Ärzte die Patienten wieder so behandeln, wie es deren Krankheiten erfordern und nicht, wie es das Budget hergibt“, so die Gesundheitspolitikerin der Linken.